

27.05.2015 – 08:00 Uhr

NEIN zum Frontalangriff auf Familienunternehmen

Zürich (ots) -

Swissmem lehnt die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer entschieden ab. Die Volksinitiative bedroht die Zukunft von Schweizer Familienunternehmen und gefährdet in der Folge Arbeitsplätze. Aufgrund der anhaltenden Frankenstärke sind die Unternehmen unter grossem Druck. Eine zusätzliche Belastung, wie sie die Erbschaftssteuer bringen würde, ist insbesondere für Familienbetriebe nicht mehr tragbar. Auch die von den Initianten in Aussicht gestellte soziale Gerechtigkeit ist ein Trugschluss. Genauso irreführend ist die Auffassung, dass mit dieser neuen Steuer die AHV saniert werden kann.

KMU sind das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft. 99,8 Prozent aller Unternehmen in der Schweiz sind KMU. Sie sind Arbeitgeber für insgesamt 70 Prozent der Beschäftigten in der Schweiz. Der Anteil Familienbetriebe beträgt 78 Prozent. Knapp die Hälfte davon wird familienintern weitergegeben. Innerhalb der nächsten fünf Jahre steht jährlich bei rund 7'000 Familienunternehmen eine Nachfolgeregelung an.

Die meisten Familien haben ihr gesamtes Vermögen im Unternehmen investiert. Wird ein solches Unternehmen vererbt, sind die geforderten 20 Prozent nicht als liquide Mittel verfügbar. Für das Bezahlen der Steuer wären Unternehmer deshalb gezwungen, sich entweder zu verschulden, drastische Sparmassnahmen zu ergreifen oder sogar die Firma zu verkaufen. Die Übergabe an die nächste Generation würde deshalb massiv erschwert. Darüber hinaus entzieht die Erbschaftssteuer den Familienbetrieben das notwendige Kapital für Investitionen in die Zukunft. Peter Spuhler, CEO Stadler Rail AG und Mitglied des Vorstandsausschusses von Swissmem sagt dazu: «Um uns im internationalen Markt erfolgreich zu positionieren, müssen wir auf innovative und qualitativ hochwertige Produkte setzen. Dazu sind Investitionen notwendig. Die Erbschaftssteuer würde uns die finanziellen Mittel in unverantwortlicher Weise entziehen und damit die Wettbewerbsfähigkeit unseres Unternehmens schwächen und schlussendlich Arbeitsplätze gefährden. Deshalb lehne ich die Erbschaftsteuer-Initiative ab».

Die Erbschaftssteuer-Initiative ist gesamtwirtschaftlich betrachtet alles andere als harmlos, wie eine Studie der Hochschule St. Gallen HSG-Studie zeigt (abrufbar unter <http://www.es.unisg.ch/en/news.php?ac=show&id=341>): Die Erhebung einer Bundeserbschaftssteuer wird als direkte Konsequenz jährlich einen Verlust von bis zu 12'000 Arbeitsplätzen zur Folge haben. Dies belegt, dass von den negativen Auswirkungen der Initiative die ganze Schweiz betroffen wäre.

Die Initianten locken den Stimmbürger mit dem Versprechen, dass mit der Erbschaftssteuer die AHV saniert werden könne. In Tat und Wahrheit würde das Steueraufkommen dafür niemals ausreichen. Und auch das Argument, dass man mit der Vorlage eine Korrektur der ungleichen Vermögensverteilung erreichen könne, greift nicht.

Überdies krankt die Initiative daran, dass zu viele Fragen offen bleiben, gerade was betroffene Unternehmen angeht. Da ist zwar schwammig die Rede von Ermässigungen, aber deren konkrete Ausgestaltung bleiben die Initianten schuldig. Ein Familienunternehmen weiterzuführen wird unter diesen Umständen zunehmend unattraktiv. Als Folge davon werden in wachsender Zahl langfristig orientierte und verantwortungsbewusst geführte Familienunternehmen am Standort Schweiz verschwinden.

Kontakt:

Weitere Auskünfte erteilen:

Ivo Zimmermann, Leiter Kommunikation
Tel.: +41 44 384 48 50 / Mobile: +41 79 580 04 84
E-Mail: i.zimmermann@swissmem.ch

Philippe Cordonier, Responsable Suisse romande
Tel.: +41 21 613 35 85 / Mobile: +41 79 644 46 77
E-Mail: p.cordonier@swissmem.ch

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100053245/100773166> abgerufen werden.